

K-1 Ein klimaneutrales Rheinland-Pfalz mit Land, Kommunen und Wirtschaft gemeinsam nach vorne bringen

Antragsteller*in:

Manfred Seibel (KV Südwestpfalz); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Ernst-Christoph Stolper (KV Neustadt/Wstr); Claudia Laux (KV Ahrweiler); Jürgen Gauer (KV Rhein-Lahn); Georg Sprung (KV Landau); Tim Ott (KV Mainz); Simon Schmitz (KV Mayen-Koblenz); Fabian Ehmann (KV Mainz); Lea Heidbreder (KV Landau); Michael Hauer (KV Trier); Paul Bunjes (KV Kaiserslautern); Maik Krüger (KV Mayen-Koblenz); Jonas Volkmann (LV Grüne Jugend Rheinland-Pfalz/KV Landau); Patrick Toschka (KV Mainz); Philipp Veit (KV Mainz); Waltraud Blarr (KV Neustadt-Weinstraße); David Nierhoff (KV Mainz); Fritz Engbarth (KV Kaiserslautern); Nicolas Dietrich (KV Kaiserslautern); Rolf Radicke (KV Koblenz); Monika Treis (KV Mayen-Koblenz); Aiman Zakzak (KV Kaiserslautern); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Joachim Herder (KV Vulkaneifel); Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich); Sabine Granzow (KV Mayen-Koblenz); Sonja Daniels (KV Neuwied); Rebecca Stallbaumer (KV Mayen-Koblenz); Thorben Thieme (KV Neuwied); Ann-Kathrin Schrepfer (KV Neuwied); Martina Hartmann (KV Neuwied); Michael Lotz (KV Neuwied); Natalie Treber (KV Alzey-Worms); Peter Buchholz (KV Neuwied); Uwe Hofmann (KV Mainz-Bingen); Alexandra Wagner (KV Mayen-Koblenz); Rodi Almohamad (KV Alzey-Worms); Martin Jende (KV Mayen-Koblenz); Johannes Bundt (KV Neuwied); Benjy Thömmes (KV Vulkaneifel); Henning Singer (KV Südliche Weinstraße); Klaus Meurer (KV Mayen-Koblenz); Sandra Lorbach (KV Mayen-Koblenz); Ingrid Bäumlner (KV Cochem-Zell); Tabea Rößner (KV Mainz); Lydia Enders (KV Bitburg-Prüm); Christoph Hecker (KV Mainz); Bernd Schumacher (KV Südwestpfalz); Bettina Sagebiel (KV Neuwied); Rupert Röder (KV Mainz); Samuel Himmel (KV Mainz-Bingen); Christine Geiger (KV Alzey-Worms); Thomas Klisch (LV Grüne Jugend Rheinland-Pfalz/KV Mainz); Marlon Wrasse (KV Westerwald); Nina Wagner (KV Mainz-Bingen); Siegrid Braun (KV Rhein-Hunsrück); Tenko Saphira Bauer (KV Ludwigshafen-Stadt); Teresa Broda (KV Mainz); Michael Lange (KV Neuwied); Georg Leufen-Verkoyen (KV Mainz-Bingen); Sebastian Schmidt (KV Alzey-Worms); Dorothea Hafner (KV Vulkaneifel); Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen); Natalie Cramme-Hill (KV Trier);

Tagesordnungspunkt: 4. Klimaschutz
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Ein klimaneutrales Rheinland-Pfalz mit Land, Kommunen und Wirtschaft gemeinsam
- 2 nach vorne bringen
- 3 Bis spätestens 2040 wollen wir in Rheinland-Pfalz (RLP) klimaneutral werden. Es
- 4 gilt, den kritischen Zeitpunkt für das Erreichen der Pariser Klimaschutzziele
- 5 nicht zu verpassen. Für eine lebenswerte Zukunft in RLP müssen wir jetzt die
- 6 richtigen Weichen stellen, um unsere Städte und Dörfer klimaneutral zu gestalten
- 7 und ihre Resilienz für die immer häufiger auftretenden Klimawandelfolgen zu
- 8 stärken. Robert Habeck hat mit seinem Ministerium durch ein beherztes und
- 9 kompetentes Handeln innerhalb von kürzester Zeit unsere Versorgungssicherheit

10 und die unserer Wirtschaft wieder gewährleistet. Unser politischer Auftrag ist
11 es, durch beherztes und konsequentes Handeln dafür zu sorgen, dass wir uns aus
12 dieser für unsere Volkswirtschaft und unser Klima so gefährlichen Abhängigkeit
13 von fossilen Energieträgern so schnell wie möglich lösen.

14 Gemäß des Koalitionsvertrags für die 18. Legislaturperiode (2021-2026) gilt es,
15 das 1,5°-Ziel des Pariser Klimaabkommens zu erreichen und dadurch eine
16 nachhaltige Zukunft für RLP zu gewährleisten. Der jüngste IPCC-Sachstandsbericht
17 hat die Dringlichkeit für konkrete Maßnahmen hervorgehoben. Schon jetzt sind die
18 Folgen der fortschreitenden Klimakrise in RLP mit zunehmenden
19 Extremwetterereignissen spürbar und die 15 wärmsten Jahre seit Beginn unserer
20 Aufzeichnungen verzeichnen wir in RLP in den letzten 30 Jahren. Und auch die
21 energiewirtschaftlichen Auswirkungen des völkerrechtswidrigen Krieges Russlands
22 gegen die Ukraine haben deutlich gemacht, dass Klimaneutralität und die
23 zukünftig vollständige Ausrichtung unserer Energieversorgung auf Erneuerbare
24 Energien nicht nur eine klimapolitische, sondern auch eine sicherheitspolitische
25 sowie soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Für die
26 Versorgungssicherheit der Menschen müssen wir den Klimaschutz nach vorne
27 stellen, Kommunen bei Klimaschutzmaßnahmen vor Ort unterstützen und die
28 Umsetzung sozial gerecht gestalten.

29 Der aktuelle rheinland-pfälzische Klimabericht 2022 zeigt, dass die angestrebte
30 Reduktion der Treibhausgasemissionen verfehlt wurde und seit 2015 eine
31 Stagnation in den verschiedenen Sektoren zu verzeichnen ist. In den Sektoren
32 Gebäude und Verkehr mit jeweils rund einem Viertel und im Sektor Industrie mit
33 gut einem Drittel der Emissionen in RLP müssen erheblich größere Anstrengungen
34 unternommen werden, damit RLP möglichst schnell, spätestens jedoch 2040, die
35 Klimaneutralität erreichen kann.

36 Denn eins ist uns bewusst: Klimaschutz passiert vor Ort und ganz konkret und
37 jeder kann daran teilhaben und wird davon profitieren. Deshalb wollen wir unsere
38 Kommunen weiterhin unterstützen und ihnen, z. B. im Rahmen des kommunalen
39 Investitionsprogramms für Klimaschutz und Innovation (KIPKI) und des Kommunalen
40 Klimapakts (KKP), die notwendigen Ressourcen an die Hand geben. Mit KIPKI haben
41 wir ein bundesweit einmaliges Investitionsprogramm in Höhe von einer viertel
42 Milliarde Euro auf den Weg gebracht, mit dem unsere Kommunen einfach,
43 unbürokratisch und schnell in Klimaschutz investieren können. Das ist
44 Klimaschutz, der vor Ort ankommt und die kommunale Selbstverwaltung ernst nimmt!

45 Für uns GRÜNE gilt: In allen Sektoren müssen wir jetzt verbindlich Klimaschutz
46 umsetzen. Dies betrifft den notwendigen Aufbau von Anlagen zur Erzeugung und
47 Speicherung Erneuerbarer Energien. Der Ausbau Erneuerbarer Energien muss
48 beschleunigt und prioritär vorangetrieben werden. Aber auch bei der Bewältigung
49 großer „Klima-Brocken“ wie den Sektoren Verkehr und Gebäudeenergie braucht es
50 klare Regulierungen und große finanzielle Anstrengungen, die nur gemeinsam mit
51 dem Bund zu bewältigen sind.

52 ENERGIEWENDE IN STADT UND DORF

53 Für klimaneutrale Kommunen brauchen wir einen umfassenden Ausbau der
54 Erneuerbaren Energien, insbesondere der Solar- und Windenergie. Dafür haben wir
55 in unserem Koalitionsvertrag mit den Regierungspartnern nach intensiven
56 Verhandlungen vereinbart bis 2030 den kompletten Strombedarf des Landes aus
57 Erneuerbaren Energien zu erzeugen. Hierzu sind Zubauraten von mindestens 500

58 Megawatt (MW) Wind und 500 MW PV-Leistung pro Jahr in RLP notwendig. 2022 wurden
59 aber gerade einmal 71 MW Wind und 323 MW Photovoltaik (PV) zugebaut.

60 Hinsichtlich der Windenergie wurde die im Koalitionsvertrag des Landes
61 enthaltene Verlagerung für Genehmigungsverfahren auf die Struktur- und
62 Genehmigungsdirektionen aktuell bereits umgesetzt, der Bund hat mit dem
63 Windenergie-an-Land-Gesetz eine wesentliche Voraussetzung für den Ausbau
64 geschaffen. Ebenso wie das Land NRW beabsichtigen wir die darin enthaltenen
65 Fristen bis 2032 nicht auszunutzen, sondern wollen eine regionale Ausweisung von
66 2,2% der Landesfläche für Windenergie bis zum Ende der Legislatur abschließen
67 und Kommunen bei der zügigen Fortschreibung ihrer Flächennutzungspläne und
68 Ausweisung unterstützen.

69 Wir werden uns dabei auch dafür einsetzen, dass der Ausbau der Erneuerbaren
70 Energien z.B. durch kommunale Solidarpakte, Bürgerstrommodelle und
71 genossenschaftliche Beteiligung praktisch wie monetär bei den Kommunen und den
72 Menschen vor Ort ankommt. Die Agri-PV wollen wir durch Pilot-Anlagen auf
73 Landesflächen weiter fördern und die Planung von PV an Lärmschutzwände und
74 Dämmen an Bahnen und Straßen unterstützen.

75 Für eine schnelle Energiewende ist es auch wichtig, gerichtliche Verfahren zu
76 beschleunigen. Daher müssen in der Justiz die personellen und organisatorischen
77 Voraussetzungen geschaffen werden, um Verfahrensabläufe noch schneller zu führen
78 und abzuschließen.

79 Mit dem Solarpaket hat die Ampel-Koalition im Land einen wichtigen Schritt beim
80 Ausbau der Solarenergie im Land angekündigt. Mit der Pflicht für Solaranlagen
81 auf öffentlichen Gebäuden bei Neubau und Sanierung erfüllt die öffentliche Hand
82 eine wichtige Vorbildfunktion. Der Paradigmenwechsel, PV auf denkmalgeschützten
83 Gebäuden in der Regel zu genehmigen, ist ebenso zu begrüßen wie die deutliche
84 Anhebung des Volumens bei der PV-Freifläche auf 400 MW. Damit ermöglichen wir
85 den Kommunen vor Ort Klimaschutz umzusetzen und Wertschöpfung in der Region zu
86 generieren. Mit dem Kommunalen Klimapakt stellen wir den teilnehmenden Kommunen
87 ganz konkrete Beratung der Energieagentur zur Ausweisung von PV- und
88 Windkraftflächen zur Verfügung.

89 WÄRMEWENDE IN STADT UND DORF

90 Im Sektor Gebäude konnten die CO₂-Emissionen in RLP nur um 10,5% im Vergleich zu
91 1990 reduziert werden. Daher müssen gerade im Gebäudesektor noch erhebliche
92 Anstrengungen unternommen werden.

93 Für das Erreichen unserer Klimaschutzziele ist die Wärmewende im Gebäudebestand
94 zentral. Der Umstieg auf erneuerbare Energien im Wärmebereich schafft
95 Energiesicherheit, schützt vor Kostensteigerungen beim Heizen mit fossilen
96 Energien und sorgt für Planungssicherheit für Investorinnen und Investoren. Die
97 Wärmewende ist nicht nur notwendig, um unsere Klimaziele zu erreichen. Mit jeder
98 Kilowattstunde Gas oder Öl, die wir weniger importieren, machen wir uns
99 unabhängiger von autokratischen Staaten. Außerdem steigern wir die regionale
100 Wertschöpfung vor Ort.

101 Für uns GRÜNE ist klar, dass die Wärmewende nur sozial gerecht geht. Daher
102 brauchen wir umfassende Beratung, z. B. durch die Verbraucherzentralen und die
103 Energieagentur RLP, sowie ausreichend Förderung bei Investitionen in Erneuerbare
104 Heizsysteme und energetische Sanierungen.

105 Um an Gegebenheiten vor Ort anzuknüpfen - nachhaltig verfügbare Bioenergie und
106 regionale, sichere Tiefen-Geothermiepotenziale sowie industrielle Abwärme zu
107 nutzen und Wärmenetze zu bauen - muss die Wärmewende in Quartieren und
108 Dorfgemeinschaften geplant und umgesetzt werden. Mit diesem dezentralen Ansatz
109 kommt den Kommunen eine Schlüsselfunktion bei der Wärmewende zu.

110 Deshalb unterstützen wir die vom Bund geplante Verpflichtung einer kommunalen
111 Wärmeplanung für Städte und Gemeinden und fordern ein flankierendes Förder- und
112 Beratungsangebot. Die Wärmeplanung sollte hierbei möglichst digital und
113 dynamisch erfolgen. Dazu sind allen beteiligten AkteurlInnen aktuelle
114 Energiedaten datenschutz-konform zur Verfügung zu stellen. Kommunen sollen zudem
115 bei der Umsetzung von Wärmenetzen, klimaneutralen Neubaugebieten und der
116 Ausweisung von Sanierungsgebieten im Bestand unterstützt werden.

117 Um auch als öffentliche Hand als Vorbild voranzugehen, fordern wir für alle
118 öffentliche Gebäude einen energetische Sanierungsfahrplan.

119 Ohne das Klimahandwerk ist eine Transformation im Energie- und Wärmebereich
120 nicht umsetzbar. Wir fordern daher eine Ausbildungs- und Qualifikationsoffensive
121 für das Klimahandwerk und einer Anpassung bei der Ausbildungsvergütung. Deshalb
122 wollen wir dort auch die Weiterbildung finanziell unterstützen.

123 MOBILITÄTSWENDE IN STADT UND DORF

124 Der Sektor Verkehr mit einem Anteil von 25,2 % in 2020 an den Gesamt-Emissionen
125 in RLP ist der einzige Sektor, bei dem sich die Emissionen gegenüber 1990 sogar
126 um 4,5 % erhöht haben. Daher ist dringend eine Mobilitätswende erforderlich, die
127 auf den Zielerreichungspfad eines klimaneutralen Sektors Verkehr führt.

128 Zur Erreichung der Klimaneutralität im Verkehr brauchen wir neben klaren
129 Vorgaben zur Elektrifizierung der Antriebe beim motorisierten Individualverkehr
130 auch eine deutliche Verringerung desselben. Wir müssen den Ausbau des ÖPNV mit
131 Bahnen und Bussen forcieren, den Fuß- und Radverkehr stärken und gleichzeitig
132 Maßnahmen auf den Prüfstand stellen, die den Autoverkehr fördern. Das
133 Deutschlandticket ist ein wichtiger verkehrspolitischer Meilenstein, der den
134 Tarifschunzel auflöst und den ÖPNV einfacher und günstiger macht. Dem muss ein
135 attraktives Angebot in Bus und Bahn gegenüberstehen.

136 Dafür braucht es einen konsequenten Aus- und Neubau der Schieneninfrastruktur,
137 die Elektrifizierung des Schienenverkehrs und barrierefreie Modernisierung der
138 Zugänge. Dies bedeutet insbesondere eine über die bereits erfolgten Erhöhungen
139 hinausgehende Steigerung der Regionalisierungsmittel und ein mutiges Angehen des
140 Investitionsstaus im Bahnverkehr. Wir setzen uns dafür ein, wesentlich mehr
141 Mittel aus dem Landeshaushalt für einen attraktiven ÖPNV einzusetzen und
142 kommunale Initiativen zur Reaktivierung von Schienentrassen für den Personen-
143 und Güterverkehr, die eine hinreichende Wirtschaftlichkeitsperspektive
144 aufzeigen, verlässlich finanziell zu unterstützen.

145 Wir wollen keinen Neu- und Ausbau von Autobahnen in RLP. Statt auf die
146 Beschleunigung von Autobahnprojekten zu setzen, sollten die ohnehin knappen
147 Planungs- und Bauressourcen auf den Erhalt, Brückensanierungen und die
148 Schieneninfrastruktur fokussiert werden.

149 Wir begrüßen die Entwicklung eines Landesnahverkehrsplans unter Federführung des
150 Klimaschutzministeriums in RLP und den angestoßenen Beteiligungsprozess zur

151 Festlegung von Mindeststandards im ÖPNV. Als GRÜNE wollen wir einen
152 Mindeststandard, der den ÖPNV als echte Alternative zum MIV begreift. Der
153 Landesnahverkehrsplan sollte 2023 erstellt werden.

154 Das Deutschlandticket gilt es zu verstetigen. Damit viele davon profitieren,
155 begrüßen wir die Unterstützung von Bund und Land bei der Einführung von
156 Jobtickets und fordern eine Ermäßigung für Gruppen wie Schüler*innen,
157 Auszubildende, Studierende, Freiwilligendienstleistende oder
158 Sozialhilfeempfänger*innen schrittweise einzuführen. Hierzu erwarten wir als
159 ersten Schritt zeitnah ein vergünstigtes Deutschlandticket für junge Menschen.
160 Der Bund wird aufgefordert, sich zu einer langfristigen Mitfinanzierung zu
161 bekennen.

162 Von der Bundesregierung und dem Bundesverkehrsministerium fordern wir als
163 rheinland-pfälzische GRÜNE die Umsetzung eines generellen Tempolimits auf
164 Autobahnen und die Wahlfreiheit für Kommunen, über die Einführung von Tempo 30-
165 Zonen in Innenstädten frei in den Räten entscheiden zu können.

166 KLIMASCHUTZ IN STADT UND DORF UMSETZEN

167 Klimaschutz gelingt nur, wenn er sozial-gerecht ausgestaltet ist. Unser Ansatz
168 ist dabei Lösungen aufzuzeigen, wie Städte und Dörfer klimaneutral werden
169 können. Bund, Land und Kommunen müssen dafür an einem Strang ziehen.

170 Dabei müssen wir über den heutigen Stand der Kommunalfinanzierung hinausdenken.
171 Um Kommunen zu befähigen Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen, wollen wir eine
172 Regelung finden, so dass Klimaschutzmaßnahmen auch bei nicht ausgeglichenen
173 Haushalten von der ADD genehmigt werden.

174 Wir wollen das Landesklimaschutzgesetz zeitnah mit dem Ziel der Klimaneutralität
175 bis 2040 fortschreiben. Dort sollen in RLP verbindliche Sektorziele im
176 Klimaschutzgesetz verankert werden. Das betrifft auch die in diesem Antrag nicht
177 explizit behandelten Sektoren Industrie, Abfallwirtschaft, Land- und
178 Forstwirtschaft (LULUCF).

179 Wir wollen ein regelmäßiges unabhängiges und transparentes Monitoring der
180 Klimaschutzziele im Klimaschutzbericht auf der Grundlage aktueller Daten in
181 Verbindung mit zielorientierten Maßnahmenempfehlungen durch den
182 Klimaschutzbeirat.

183 Die mutige Kommunikation in die Gesellschaft hinein werden wir als rheinland-
184 pfälzische GRÜNE konsequent mitgestalten. Unser Auftrag ist es nicht zuletzt
185 auch die Sorgen der Menschen im Veränderungsprozess ernst zu nehmen, auf
186 Probleme hinzuweisen, dazu konkrete Antworten und Lösungen auf Bundes-, Landes-
187 und Kommunalebene zu entwickeln. Dabei bleibt es unsere Zielsetzung auch unter
188 ungünstigen Rahmenbedingungen die Klimaschutzziele einzuhalten. Es gilt jedes
189 Zehntel-Grad zusätzliche Erwärmung zu verhindern.

Unterstützer*innen

Paul Bunjes (KV Kaiserslautern); Maik Krüger (KV Mayen-Koblenz); Jonas Volkmann (LV Grüne Jugend Rheinland-Pfalz); Patrick Toschka (KV Mainz); Ernst-Christoph Stolper (KV Neustadt-Weinstraße); Philipp Veit (KV Mainz); Waltraud Blarr (KV Neustadt-Weinstraße); David Nierhoff (KV Mainz); Fritz

Engbarth (KV Kaiserslautern); Nicolas Dietrich (KV Kaiserslautern); Rolf Radicke (KV Koblenz); Monika Treis (KV Mayen-Koblenz); Aiman Zakzak (KV Kaiserslautern); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Joachim Herder (KV Vulkaneifel); Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich); Sabine Granzow (KV Mayen-Koblenz); Sonja Daniels (KV Neuwied); Rebecca Stallbaumer (KV Mayen-Koblenz); Thorben Thieme (KV Neuwied); Ann-Kathrin Schrepfer (KV Neuwied); Martina Hartmann (KV Neuwied); Michael Lotz (KV Neuwied); Jürgen Gauer (KV Rhein-Lahn); Natalie Treber (KV Alzey-Worms); Peter Buchholz (KV Neuwied); Uwe Hofmann (KV Mainz-Bingen); Alexandra Wagner (KV Mayen-Koblenz); Rodi Almohamad (KV Alzey-Worms); Martin Jende (KV Mayen-Koblenz); Johannes Bundt (KV Neuwied); Benjy Thömmes (KV Vulkaneifel); Henning Singer (KV Südliche Weinstraße); Klaus Meurer (KV Mayen-Koblenz); Sandra Lorbach (KV Mayen-Koblenz); Ingrid Bäumlner (KV Cochem-Zell); Tabea Rößner (KV Mainz); Tim Ott (KV Mainz); Lydia Enders (KV Bitburg-Prüm); Christoph Hecker (KV Mainz); Bernd Schumacher (KV Südwestpfalz); Bettina Sagebiel (KV Neuwied); Rupert Röder (KV Mainz); Samuel Himmel (KV Mainz-Bingen); Christine Geiger (KV Alzey-Worms); Thomas Klisch (LV Grüne Jugend Rheinland-Pfalz); Marlon Wrasse (KV Westerwald); Nina Wagner (KV Mainz-Bingen); Siegrid Braun (KV Rhein-Hunsrück); Tenko Saphira Bauer (KV Ludwigshafen-Stadt); Teresa Broda (KV Mainz); Michael Lange (KV Neuwied); Georg Leufen-Verkoyen (KV Mainz-Bingen); Sebastian Schmidt (KV Alzey-Worms); Dorothea Hafner (KV Vulkaneifel); Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen); Natalie Cramme-Hill (KV Trier); Felix Rieckert (KV Landau); Lisett Stuppy (KV Donnersberg); Melani Pelaez Jarra (KV Mainz-Bingen)